

**Stadtkanzlei**

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02

stadtrat@thun.ch, www.thun.ch



## Protokoll

### Stadtrat von Thun

**Sitzung vom 20. November 2014, 17:00 Uhr, Rathaus Thun**

---

**Anwesend****Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsidentin Sandra Ryser

Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Beat Grimm, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Daniela Huber Notter, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Barbara Klossner, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Manfred Locher, Sandra Rupp Gyger, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Daniela Weber, Simon Werren

**Gemeinderat**

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

**Ferner**

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

**Sekretariat**

Stadtratssekretär Remo Berlinger  
Protokollantin Renate Schneider

**Entschuldigt**

Stadträte Lukas Lanzrein und Matthias Wiedmer

**Schluss der Sitzung**19:00 Uhr

---

Die **Stadtratspräsidentin** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

## 54. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls vom 23. Oktober 2013

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, teilt zu Seite 181 des Protokolls, Interpellation I 4 / 2014 betreffend Verzicht auf Schliessung der Asylunterkunft Allmendingen per 31. Dezember 2014, mit, dass im Votum der folgende Satz ergänzt werden sollte: Die Haltung des Gemeinderates in dieser Frage ist mutlos und auch ein wenig herzlos.

Das Protokoll wird mit der genannten Änderung **vom Rat** einstimmig genehmigt.

## 55. Voranschlag 2015 der Einwohnergemeinde Thun

### Genehmigung

#### Bericht des Gemeinderates NR. 12/2014

#### A. Eintretensdebatte (inkl. Aufgaben- und Finanzplan)

**Stadtpräsident Raphael Lanz** weist auf das ausgeglichene Resultat und auf den hohen baulichen Unterhalt hin. Im Vergleich zu einigen anderen bernischen Gemeinden und Städten, in welchen Steuererhöhungen diskutiert werden müssen, kann die finanzielle Situation der Stadt Thun als solid eingestuft werden. Der Gemeinderat erachtet den Voranschlag 2015 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2015-2018 trotz der hohen Investitionen und dem damit verbundenen Anstieg der Verschuldung als vertretbar. Er unterstreicht, dass es auch zukünftig abzuwägen gilt, welche Investitionen und Ausgaben getätigt werden sollen und auf welche zugunsten eines tragbaren Finanzhaushaltes zu verzichten ist. Die Fragen aus den SAKOs sowie aus der BRK konnten beantwortet werden.

Konrad Hädener, **BRK**, fasst die Meinung der BRK zusammen, welche gleichzeitig als Haltung der Fraktion der Mitte gilt. Regelmässig nimmt der Stadtrat von ausgeglichenen Jahresplanungen und von dunklen Wolken am Finanz-Horizont Kenntnis. Der Verschuldungspegel erhöht sich in den Planjahren 2015 bis 2018 um 93 Mio. Franken auf 194 Mio. Franken. Die unerfreuliche Neuverschuldung als Folge des Rückstaus beim Unterhalt und als Folge von hohen Investitionen ist nicht zu vermeiden. Der ungenügende Selbstfinanzierungsgrad ist seit längerer Zeit bekannt. In der BRK wurde über die Entwicklung nach 2018 diskutiert. Soll auf einem nachhaltigen Niveau mittel- und langfristig genügend Unterhalt betrieben werden, wird sich die Stadt weiter verschulden müssen. Herr Hädener verweist auf die Spezialfinanzierung Werterhalt Liegenschaften Finanzvermögen, welche gemäss Aufgaben- und Finanzplan im Jahr 2018 aufgebraucht sein wird. Es wird keine vollständige Entnahme des Aufwandes für den baulichen Unterhalt aus dieser Spezialfinanzierung mehr möglich sein, weshalb die Laufende Rechnung stärker belastet werden könnte. Weiter unterstreicht Herr Hädener, dass die Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen ohne die Speisung von 10 Mio. Franken aus der Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe ebenfalls bis im Jahr 2018 aufgebraucht wäre. Er erläutert die reglementarischen Bedingungen für Entnahmen aus der Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe und stellt fest, dass der Gemeinderat die ausserordentlich hohen Investitionen als Ausnahmefall gemäss Reglement interpretiert. Mit dieser Interpretation können sich nicht alle Mitglieder der BRK einverstanden erklären. Sie sind der Ansicht, dass die Quersubventionierung nicht im Sinne des Gesetzgebers liegt und unterstützen in diesem Punkt den Aufgaben- und Finanzplan nicht. Herr Hädener weist darauf hin, dass der Stadtrat der Gesetzgeber für das Reglement der Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe ist. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Lösung kann als pragmatisch und machbar eingestuft werden. Es handelt sich um ein Nullsummenspiel, jedoch muss der Stadtrat sich der Situation bewusst sein. Herr Hädener dankt den BRK-Mitgliedern, dem Gemeinderat, der Finanzverwaltung und dem Finanzinspektorat für die gute Zusammenarbeit. Die BRK empfiehlt den Voranschlag 2015 und den Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2018 zur Genehmigung.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, ist über das ausgeglichene Budget und den unveränderten Steuerfuss erfreut. Die Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderates einstimmig zu. Nun sind alle aufgefordert, die Budgetvorgaben einzuhalten. Den Aufgaben- und Finanzplan hat die Fraktion zur Kenntnis genommen. Folgende drei Punkte stimmen die Fraktion vorsichtig: 1. Die Stadt gibt zukünftig Geld aus, das sie nicht hat. Die Investitionen sind notwendig, müssen jedoch fremdfinanziert werden, weshalb die Verschuldung steigt. Einsparungen beim Aufwand erscheinen schwierig. Mit Buchwertgewinnen ist nicht zu rechnen und eine Steuererhöhung soll vermieden werden. Möglich erscheinen Einnahmenerhöhungen in Form von Entgelten, beispielsweise für städtische Dienstleistungen, sowie die Auflösung von Spezialfinanzierungen, welche vor etlichen Jahren errichtet wurden. 2. Über neue Ausgaben soll kritisch befunden werden. Es stehen Faktoren wie die Unternehmenssteuerreform III und die Umstellung auf HRM2 an, welche die finanzielle Situation wesentlich verändern könnten. Die zunehmende Belastung durch die Lastenausgleichsbereiche engt den finanziellen Spielraum der Stadt zusätzlich ein. 3. Vom Gemeinderat erwartet die Fraktion eine effektive strategische Finanzplanung. Die Stossrichtung und die finanzpolitischen Auswirkungen interessieren die Fraktion. Aufschlussreiche Kennzahlen, Hochrechnungen und die finanziellen Konsequenzen von Geschäften, die dem Stadtrat unterbreitet werden, sind erwünscht. Stadtrat Lanz dankt der Finanzverwaltung und dem Finanzinspektorat für die ausführliche Dokumentation.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, ist über den ausgeglichenen Voranschlag erfreut und dankt dem Gemeinderat sowie der Verwaltung für die sorgfältige Vorbereitung. Den Willen zur Ausgabendisziplin erkennt man insbesondere auch an den befristeten und projektbezogenen Anstellungen. Im Vergleich zu anderen Städten im Kanton Bern hat sich die Steuerkraft in Thun positiv entwickelt, weshalb im Voranschlag 2015 mit höheren Steuererträgen gerechnet wird. Der ausgeglichene Voranschlag ist jedoch mit Vorsicht zu geniessen. Herr Schweizer weist auf die unausweichliche Neuverschuldung hin. Grossen Wert legt die Fraktion auf die Ausgabendisziplin des Parlaments in der nächsten Legislaturperiode. Den Anträgen des Gemeinderats stimmt die Fraktion zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, führt die positive Entwicklung der Steuererträge auf den Strukturwandel in der Stadt Thun zurück. Ein Strukturwandel, der aufzeigt, dass sich die Bevölkerung, aber auch deren Bedürfnisse verändern. Er betont, dass es daher nicht korrekt wäre, sämtliche neuen Ausgaben ohne nähere Betrachtung abzulehnen. Es handelt sich bei neuen Ausgaben meistens auch um Bedürfnisse der Bevölkerung. Stillstand bedeutet letztlich Rückschritt, und ein Rückschritt würde sich wohl negativ auf die Steuerzahlen auswirken. Die Fraktion ist besorgt über die Folgen der Unternehmenssteuerreform III. Obwohl Thun nicht stark von juristischen Personen abhängig ist, wäre mit Mindereinnahmen von rund 5 Mio. Franken zu rechnen. Eine allfällige Steuersenkung käme somit in der Zukunft nicht in Frage. Besorgniserregend erscheint auch ein eventuelles Referendum gegen die Plafonierung des Fahrkostenabzugs. Die Fraktion erachtet den Abbau des Unterhaltsstaus als wichtig. Dank dem tiefen Zinsniveau zahlt die Stadt deutlich weniger Passivzinsen als noch vor ein paar Jahren. Als besonders positiv stuft die Fraktion die Bereitstellung der Sporthallen Waffenplatz für den Breitensport, die Ortsplanungsrevision sowie die Agglomerationsprojekte in der Innenstadt ein. Die Fraktion nimmt Kenntnis vom Aufgaben- und Finanzplan und stimmt dem Voranschlag 2015 zu. Der Verwaltung und dem Gemeinderat dankt Herr Schori für die ausführlichen Unterlagen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stimmt dem Voranschlag und dem Aufgaben- und Finanzplan zu. Er verweist auf die Ausführungen von Stadtrat Hädener zur Speisung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen. Finanzielle Mittel von einer Selbstfinanzierung in eine andere zu verschieben, mag zwar pragmatisch sein, aber es ist nicht im Sinne des damaligen Gesetzgebers. Das Reglement legt die Zwecke für Entnahmen abschliessend fest. Auslegungen und Interpretationen sind begrenzt. Den Vorschlag des Gemeinderates, 10 Mio. Franken aus der Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe in die Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen zu verschieben, erachtet Herr Hiltbold als höchst heikel. Die Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe ist nicht für den baulichen Unterhalt vorgesehen. Herr Hiltbold findet die ausgewiesenen Ertragsüberschüsse in den Planjahren 2016 bis 2018 als beschönigend und irreführend. Finanztechnisch können diese Resultate nur mit einer Speisung aus der Spezialfinanzierung Investitionen und Immobilienkäufe erreicht werden. Herr Hiltbold macht auf den Schuldenberg von 194 Mio. Franken per Ende 2018 aufmerksam und betont, dass zukünftig sorgfältig überlegt werden muss, welche Aufgaben die Stadt in welchem Umfang erfüllen soll.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, verweist auf die Voten der vorherigen Fraktionssprecher. Die aufgestauten Investitionen und den aufgestauten Unterhalt bezeichnet er als Bugwelle, welche die Stadt lange vor sich hingeschoben hat. Den Anträgen stimmt die Fraktion einstimmig zu.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** erachtet den Finanzplan als realistisch und transparent. Die Äufnung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen ist ausgewiesen, daher kann es sich kaum um eine irreführende Darstellung handeln. Selbstverständlich kann eine Debatte über die Äufnung einer Spezialfinanzierung aus einer anderen Spezialfinanzierung im Rat diskutiert werden. Im vorliegenden Fall sieht der Gemeinderat den Ausnahmefall als gegeben, weil im Vergleich zu den Vorjahren ein ausserordentlich hoher Unterhaltsbedarf ansteht. Er macht auf die schwierige Abgrenzung zwischen Investitionen und Unterhalt aufmerksam. Mit der Einführung von HRM2 werden sämtliche Spezialfinanzierungen der Stadt überprüft werden und der Stadtrat kann direkt einwirken. Zum Votum der FDP-Fraktion hält er fest, dass der Stadtrat von Gesetzes wegen bei zu behandelnden Geschäften immer über die Finanzierbarkeit, die Folgekosten und über die Tragbarkeit informiert wird. Stadtpräsident Lanz dankt für die gute Aufnahme des Budgets.

**Der Rat** stimmt dem Eintreten stillschweigend zu.

## **B. Detailberatung und Beschlussfassung Voranschlag (ohne Aufgaben- und Finanzplan)**

Claude Schlapbach, **SAKO P+F**, macht auf die erfreuliche Entwicklung der Pensionskasse aufmerksam, welche den Voranschlag 2015 entlastet. Die SAKO P+F empfiehlt den Voranschlag zur Genehmigung.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 lit. a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 12. September 2014, beschliesst:

1. Der Voranschlag 2015 der Stadt Thun, mit einem Aufwand von Fr. 291'733'000.- und einem Ertrag von Fr. 291'733'000.- ausgeglichen abschliessend, wird genehmigt.
2. Im Jahr 2015 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) Steueranlage: Auf den Gegenständen der Kantonssteuer das 1,72 fache der für die Kantonssteuer geltenden Einheitsansätze
  - b) Liegenschaftssteuer: 1,2 Promille des amtlichen Wertes.
3. Ziffern 1 – 2 dieses Beschlusses unterliegen dem fakultativen Referendum gemäss Stadtverfassung.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## **56. Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2018**

### **Kenntnisnahme**

#### **Bericht des Gemeinderates NR. 13/2014**

Konrad Hädener, **BRK**, nimmt Stellung zum Votum von Stadtrat Hiltzold bezüglich Speisung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen. Er macht darauf aufmerksam, dass er das Vorgehen des Gemeinderates aus seiner persönlichen Sicht als pragmatisch betitelt hat. Seine Aussage ist so zu verstehen, dass die Spezialfinanzierung ohne die Quersubventionierung im Jahr 2018 im Minus wäre und sich daher eine längere Diskussion nicht lohnt.

**Peter Stutz** (Fraktion Grüne) bringt die Frage ein, wieso in den Planjahren 2015 bis 2018 je 50'000 Franken für ein Projekt Hallenbad eingestellt sind, aber ab dem Jahr 2019 kein Betrag geplant ist.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** informiert, dass es sich um den durch den Gemeinderat gesprochenen Kredit für Abklärungen betreffend das Hallenbad Oberhofen handelt. Im Aufgaben- und Finanzplan sind keine Beträge für ein allfälliges neues Hallenbad in Thun eingestellt.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 44 Absatz 2 der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 12. September 2014, beschliesst:

Der Aufgaben- und Finanzplan 2015 bis 2018 wird zur Kenntnis genommen.

## **57. Neubau Krematorium Thun-Schoren, Vorbereitungs- und Wettbewerbskredit**

### **Genehmigung und Verabschiedung**

#### **Bericht des Gemeinderates NR. 16/2014**

**Gemeinderat Roman Gimmel** hält einleitend fest, dass bei diesem sensiblen Thema nicht nur die finanziellen Aspekte beachtet werden können. Er stellt klar, dass das Krematorium, wie es heute besteht, künftig keine Alternative mehr sein wird, und daher die verschiedenen Optionen für die Zukunft nicht mit dem Status quo verglichen werden können. Die Variante Auslagerung steht für den Gemeinderat ausser Diskussion. Eine Sanierung würde nur Sinn machen, wenn sie in der Praxis realisierbar wäre. Das sanierte Krematorium müsste den baurechtlichen und denkmalpflegerischen Anforderungen gerecht werden sowie architektonisch einigermaßen befriedigend sein. Die Kosten für die Sanierung müssten einen Bruchteil der Neubaukosten betragen. Es müssten weiterhin zwei Ofenlinien betrieben werden können und optimale Arbeitsabläufe möglich sein. Zudem müssten angemessene Platzbedingungen und räumliche Trennungen realisierbar sein. Die Variante Sanierung erfüllt jedoch keine dieser Grundbedingungen. Gemeinderat Gimmel unterstreicht, dass mit der beantragten Variante Neubau sämtliche Bedingungen erfüllt werden. Zudem bringt der Neubau weitere entscheidende Vorteile mit sich, wie beispielsweise die optimale Erschliessung, ein Bestattungsamt mit einer würdigen Atmosphäre, vermehrte Berücksichtigung von Kremationsvorschriften bei fremden Kulturen, ergonomische und behindertengerechte Gebäude sowie effizienteren Unterhalt. Zudem könnte die Kapazität im Bedarfsfall ausgebaut werden. Der Gemeinderat ist von der vorliegenden Variante überzeugt und freut sich auf einen zukunftsgerichteten Beschluss.

Heidi Anderes, **SAKO B+L**, stimmt dem Antrag einstimmig zu, da die heutige Infrastruktur nicht mehr den Vorschriften des beco entspricht. Sie dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Vorbereitung des Geschäfts. Bei der Besichtigung des Krematoriums wurde mit viel ethischem Hintergrund und Gefühl informiert. Nicht nur die beiden Ofenlinien stellen ein Problem dar, sondern auch die engen Platzverhältnisse. So treffen trauernde Angehörige zuweilen auf Särge, die angeliefert werden. Ebenfalls müsste den verschiedenen Glaubensrichtungen mehr Rechnung getragen werden können. Die SAKO B+L ist sich bewusst, dass die Kosten von 14 Mio. Franken für den Neubau gross sind. Es gilt jedoch, die beste Lösung für die Thuner Bevölkerung zu wählen. Falls es in Thun kein Krematorium mehr geben sollte, müssten die Verstorbenen nach Bern, Burgdorf oder Sion überführt werden.

Die **Fraktion der Mitte**, so Heidi Anderes, stimmt dem Wettbewerbskredit ebenfalls zu.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stellt einen Rückweisungsantrag mit der Begründung, dass es nicht nur um einen Wettbewerbskredit geht, sondern darum, Weichen für den Neubau des Krematoriums zu stellen. Es handelt sich um eine Investition von 14 Mio. Franken mit einer Kostengenauigkeit von +/- 20 %. Weitere 3 Mio. Franken sind für eine spätere Infrastrukturanlage des Friedhofs Schoren vorgesehen. Zudem wird mit jährlichen Nettomehrkosten von 225'000 Franken gerechnet. Herr Hiltbold weist auf die lange Vorgeschichte hin und bemängelt, dass zu diesem wichtigen Geschäft nicht detailliertere, aussagekräftigere Unterlagen vorliegen. In den Unterlagen kommen die Gründe, welche Gemeinderat Gimmel gegen die Variante Sanierung erwähnt hat, kaum zum Ausdruck. Die SAKO B+L wurde frühzeitig und umfassend informiert, jedoch fehlte es für die anderen Stadträtinnen und Stadträte an vertieften Informationen. Auch wenn die SAKO B+L Mitglieder ihre Informationen weitergeben, ersetzt dies nicht das Wis-

sen von Gemeinderat und Verwaltung. Die Fraktion Grüne kann sich durchaus vorstellen, dass die vorgeschlagene Variante die richtige Lösung ist. Dies zu beurteilen, ist für die Fraktion jedoch mit den vorliegenden Informationen nicht möglich. Herr Hiltbold wirft die Frage auf, ob die angedachte Grösse des Krematoriums tatsächlich sinnvoll ist. Sie übertrifft die Thuner Bedürfnisse deutlich, da nur 23 % der Verstorbenen aus Thun kommen. In den Unterlagen werden Aussagen zu einer kleineren Variante vermisst, was den Anschein erweckt, dass die Verantwortlichen ein grosses Krematorium erstellen wollen, auch wenn der Betrieb defizitär wäre. Weiter macht Herr Hiltbold auf die angedachte Verlegung des Stadtfriedhofs aufmerksam. Die Grundsatzdiskussion, ob es wirklich einen zentralen Friedhof Schoren braucht und was mit dem alten Friedhof Schönau passiert, fehlt. Die Fraktion hält es für vordringlich, dass dem Stadtrat mehr Varianten und mehr Zahlenmaterial vorgelegt werden. Aus diesem Grund erachtet sie den Rückweisungsantrag zur Verbesserung des Geschäfts als notwendig.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, bringt seinen Unmut über die Aussagen seines Vorredners zum Ausdruck. Er betont, dass es sich vorerst um einen Wettbewerbskredit handelt. Als SAKO B+L Mitglied wurde er frühzeitig, umfassend und transparent informiert. Zudem fand eine Besichtigung vor Ort statt. Die drei geprüften Varianten Neubau, Sanierung und Auslagerung sind nach Beurteilung der SAKO B+L sorgfältig überprüft worden. Der Gemeinderat hat die ursprüngliche Variante zur Redimensionierung an die Verwaltung zurückgewiesen. Die Fraktion beurteilt die vorliegende Variante als gut. Die bestehende Anlage darf gemäss beco bis spätestens Ende 2020 betrieben werden. Die Fraktion will die nötigen Schritte für die Zukunft jetzt einleiten und stimmt dem Wettbewerbskredit zu.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Ethik bei der Diskussion trotz des sensiblen Themas ausser Acht gelassen werden sollte. Der SAKO B+L wurde das Geschäft an mehreren Sitzungen vorgestellt. Die Unterlagen zeigen die Entwicklung der Bestattungen in Thun auf. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung kann angenommen werden, dass die Anzahl der Kremationen weiterhin zunehmen wird. Die Sanierungskosten würden rund 67 % (+/- 20 %) der Kosten eines Neubaus ausmachen, jedoch ist das Risiko für Kostenüberschreitungen bei Sanierungen tendenziell höher als bei einem Neubau. Eine Auslagerung würde bedeuten, dass die Bestattungen für Thunerinnen und Thuner externe Kosten für die Stadt verursachen würden. Für die Entscheidungsfindung liegen der Fraktion genügend Informationen vor. Dem Antrag des Gemeinderates stimmt sie mehrheitlich zu.

Michael Dähler, **SVP-Fraktion**, ruft in Erinnerung, dass die Betriebsbewilligung nur aufgrund von Verhandlungen und dem Nachweis, dass eine Folgelösung ausgearbeitet wird, verlängert wurde. Nach anfänglicher Skepsis konnte sich die Fraktion von den Vorteilen eines Neubaus überzeugen. Im Gegensatz zu anderen städtischen Betrieben erzielt das Krematorium Erträge von Auswärtigen. Der Volksentscheid über Gratisbestattungen für die Thuner Bevölkerung ist zu akzeptieren, daher würde eine Auslagerung ebenfalls Kosten für die Stadt verursachen. Zudem ist das Einzugsgebiet des Krematoriums gross und die Folgen einer Schliessung dürfen nicht unterschätzt werden. Eine Sanierung lehnt die Fraktion aus den bereits von Gemeinderat Gimmel genannten Gründen ab. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu. Es wird jedoch erwartet, dass die Infrastrukturprobleme beim Stadtfriedhof kostengünstig gelöst werden. Die SVP-Fraktion ist über den Rückweisungsantrag irritiert und kann die Gründe nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat hat bereits abgeklärt, dass die Variante Sanierung nicht sinnvoll ist. In der SAKO B+L ist die Fraktion Grüne vertreten.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, weist auf die wesentlich besseren Platzverhältnisse und auf die optimierten Arbeitsabläufe bei der Variante Neubau hin. Das beco hat die Betriebsbewilligung bereits mehrmals verlängert. Wird das Geschäft zurückgestellt, wird es zeitlich knapp. Die SAKO B+L wurde umfassend informiert. Er ist der Ansicht, dass die SAKO-Mitglieder ihr Wissen in ihre Fraktionen einbringen dürfen. Die Fraktion unterstützt den Wettbewerbskredit.

**Peter Stutz** (Fraktion Grüne) bestätigt die gute Information an den SAKO B+L Sitzungen. Herr Stutz stellt klar, dass nicht der ganze Friedhof gezügelt wird. Das Projekt kann eventuell weiter optimiert werden. Auch die Erhöhung der Gebühren für auswärtige Kremationen kann thematisiert werden, falls die Mehrkosten von 225'000 Franken tatsächlich eintreffen. Herr Stutz ist der Meinung, dass der Antrag unterstützt werden kann.

**Thomas Hiltbold** (Fraktion Grüne) legt Wert darauf zu betonen, dass es ihm fern liegt, Wahlkampfpolitik zu betreiben. Sachpolitik ist ihm wichtig. Die Fraktion Grüne macht seit Jahren bei Geschäften auf finanzielle Folgen aufmerksam. Wenn nach neun Jahren Vorlaufzeit kein umfassender Bericht über den Vorentscheid zu einem Projekt in der Höhe von 20 Mio. Franken vorliegt, sind kritische Fragen durchaus berechtigt. Er macht auf die Verschuldung von 194 Mio. Franken per Ende 2018 aufmerksam. Herr Hiltbold unterstreicht, dass die Rückweisung mit dem Auftrag verbunden werden soll, verschiedene Grössen und Geschäftsmodelle zu prüfen und mit diversen Varianten wieder an den Stadtrat zu gelangen. Es geht keineswegs darum, das Projekt längerfristig zu verschieben. Die zeitliche Dringlichkeit ist nicht gegeben, da die Betriebsbewilligung des becos erst am 31. Dezember 2020 ausläuft.

**Gemeinderat Roman Gimmel** dankt für die mehrheitlich gute Aufnahme des Geschäfts. Über die Aussagen von Stadtrat Hiltbold ist er erstaunt, zumal es sich weder um ein 20 Mio. Franken Projekt noch um die Verlegung des gesamten Friedhofs handelt.

**Der Rat** lehnt den Rückweisungsantrag mit 32 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

**Der Rat** beschliesst mit 32 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe g der Stadtverfassung und nach Kenntnisaufnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. Oktober 2014, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 380'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/2212.066.0 (Bestandesrechnungs-Konto 1143.20.01) für die Vorbereitung und den Wettbewerb für das Projekt Neubau Krematorium Thun-Schoren.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## **58. Genehmigung Leistungsvertrag 2015 - 2017 mit der Stiftung Kinderkrippe Thun**

**Bewilligung eines Verpflichtungskredites für eine neue, jährlich wiederkehrende Ausgabe für die Jahre 2015, 2016 und 2017**

#### **Bericht des Gemeinderates NR. 15/2014**

Manfred Locher, **SAKO Si+So**, bedauert die Reaktion auf den Rückweisungsantrag beim vorherigen Geschäft. Diese entspricht nicht dem gewünschten Umgangston.

Die Verlängerung des Leistungsvertrages mit der Stiftung Kinderkrippe Thun ist in der SAKO unbestritten und wird zur Genehmigung empfohlen. Die Frage aus der SAKO, ob der Vertrag allenfalls im Zusammenhang mit dem Postulat über die Betreuungsgutscheine geändert werden muss, hat die Verwaltung verneint. Die Finanzierung ist mit dem vorliegenden Vertrag von 2014 bis 2017 geregelt. Die Erfahrungen aus dem kantonalen Pilotprojekt Betreuungsgutscheine werden in die ASIV-Revision 2017 einfließen.

Die **Fraktion der Mitte**, so Stadtrat Locher, findet es schade, dass die guten Impulse des Postulats betreffend Betreuungsgutscheine für familienexterne Kinderbetreuung oder die Unterstützung für andere Betreuungsangebote noch keinen Eingang fanden. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Aus persönlicher Sicht weist Manfred Locher (EDU) als Vater und Lehrer auf die beeinträchtigte kognitive, psychische und physische Entwicklung eines Kindes hin, wenn es in den ersten drei Lebensjahren immer wieder über mehrere Stunden von der Mutter getrennt wird. In den ersten drei Lebensjahren wird das Fundament des Erdenbürgers gelegt, sein Verhalten wird aufgebaut und es erlernt die Muttersprache. Es erstaunt ihn, dass in der Bildung nur die teuersten Lösungen in Frage kommen. In der fundamentalen Bildung in den ersten drei Lebensjahren werden jedoch zweitbeste Lösungen akzeptiert. Einerseits wird erwartet, dass die teuer ausgebildeten Frauen arbeiten. Andererseits ist man der Meinung, Fachkräfte könnten die Kinder besser betreuen als die Eltern. Die Gesellschaft braucht Kinderkrippen, aber sie braucht auch Väter und Mütter. Herr Locher stimmt dem Geschäft zu und fordert dazu auf, die Kinder in

das Zentrum der Überlegungen zu stellen. Wenn heute die richtigen Prioritäten gesetzt werden, können in der Zukunft hohe gesellschaftliche Kosten vermieden werden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, weiss aus persönlicher Erfahrung, dass nicht alle Kinder, die eine Kita besuchen, später eine spezielle Betreuung benötigen. Sie war der Ansicht, dass die Notwendigkeit der Betreuungsplätze innerhalb des Stadtrates unbestritten ist, da die Selbstbehalte für 2013 und 2014 bewilligt und dieses Jahr das Postulat betreffend Angebot und Nachfrage Kitaplätze in Thun einstimmig überwiesen wurde. Die finanzielle Mitunterstützung von Betreuungsplätzen durch den Kanton und die Stadt ist unumgänglich, ansonsten sind die Kitaplätze für viele Eltern finanziell nicht tragbar. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf trägt zur sozialen Sicherheit der ganzen Bevölkerung bei, wirkt integrierend und stärkt die Chancengleichheit der Kinder. Die Fraktion Grüne unterstützt die Anträge einstimmig.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, macht auf die langen Wartelisten für Betreuungsplätze in der Stadt Thun aufmerksam. Die sieben neuen Plätze sind ein Tropfen auf den heissen Stein. Zum persönlichen Votum von Stadtrat Locher entgegnet er, dass es auch Mütter gibt, die aus finanziellen Gründen zwingend arbeiten müssen.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, weist auf den grossen Bedarf an Betreuungsplätzen hin. Es ist positiv für Kinder, wenn sie unter anderen Kindern sind. Über das erhöhte Einkommen der Eltern kann sich die Stadt freuen. Als zukunftsorientierte Partei begrüsst die FDP die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Den Anträgen stimmt die Fraktion zu.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, stimmt den Anträgen einstimmig zu. Es handelt sich um kreditrechtliche Formalitäten. Die Grundsatzdiskussion zur Betreuungsthematik ist nicht bei diesem Geschäft zu führen. Die Fraktion wartet auf die Beantwortung des Postulats bezüglich Betreuungsgutscheine. Aus Sicht von Herrn Schertenleib gibt es in Thun nicht zu wenig Betreuungsplätze, falls die Eltern bereit sind, diese selber zu bezahlen. Familien bis zu einem Einkommen von 150'000 Franken jährlich haben jedoch ein Anrecht auf einen ASIV-Platz.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, hebt die Notwendigkeit von Kitaplätzen hervor. Im Parteiprogramm der BDP ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Ziel. Die Bewilligung von sieben Plätzen ist erfreulich. Der Kanton Bern ist im gesamtschweizerischen Vergleich bezüglich Betreuungsangeboten nicht rückständig. Herr Vannini weist auf die positiven Erfahrungen des Kantons Luzern mit Betreuungsgutscheinen hin. Dem Antrag stimmt die Fraktion zu.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** dankt für die gute Aufnahme des Geschäftes. Es wurden 19 Plätze bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern beantragt. Sieben neue Plätze wurden bewilligt, was verhältnismässig viele Plätze sind und aufzeigt, dass Thun bei den Kitaplätzen unbestritten ein Defizit hat.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 Buchstabe b der Stadtverfassung und nach Kenntnisaufnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 22. Oktober 2014, beschliesst:

1. Genehmigung des Leistungsvertrages 2015-2017 mit der Stiftung Kinderkrippe Thun.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites für wiederkehrende Ausgaben von jährlich 144'000 Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung, Produktgruppe 49, Beiträge an Institutionen, für den Selbstbehalt der Stadt Thun am Beitrag an die Stiftung Kinderkrippe (Kita Thun und Kita Schönauf) für die Jahre 2015, 2016 und 2017.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

#### **Mitteilungen**



**Stadtratssekretär** Remo Berlinger erinnert an den früheren Beginn der Sitzung vom 12. Dezember 2014 (16:00 Uhr statt 17:00 Uhr).

Weiter macht er auf das Schlusskonzert der 750-Jahr-Feierlichkeiten am 28. bis 30. November 2014 im KKThun aufmerksam.

## Eingänge

- Interpellation betreffend Zeitpunkt Umsetzung des Parkleitsystems; Fraktion Grüne und Mitunterzeichnende vom 20. November 2014
- Interpellation betreffend Zeitplan zur Entwicklung Gebiet Bahnhof-Schadaugärtnerei; Fraktion der Mitte vom 20. November 2014
- Interpellation betreffend Baubewilligungsgebühren; Fraktion der Mitte vom 20. November 2014
- Postulat für die Einführung sozioprofessioneller Fanarbeit beim FC Thun; Alice Kropf (SP), Franz Schori (SP), Reto Vannini (BDP), Peter Stutz (Grüne) und Mitunterzeichnende vom 20. November 2014

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Sandra Ryser

Remo Berlinger